



# MI GRATIONS FORUM

Informationsblatt des Arbeitskreises Migration der IG Metall Stuttgart



März 2010

21. März 2010: 50 Jahre Tag gegen Rassismus

## Nein zu Rassismus

Rassismus und Rassendiskriminierung treten weltweit zu Tage. Rassistische Ideologien leiten sich aus tatsächlichen oder behaupteten Rassenunterschieden ab, dass das gesamte Wesen der Menschen von ihrer „Rassezugehörigkeit“ geprägt sei - verbunden mit dem Glauben, die „eigene Rasse“ sei höherwertig. Aus derartigen Vorurteilen resultiert Rassendiskriminierung in Form von diskriminierendem Verhalten, Benachteiligung, Unterdrückung und im Extremfall sogar Vernichtung.

### Das Sharpeville-Massaker

Ein besonders schicksalhaftes Beispiel eines solchen rassistischen Übergriffes ist das sogenannte „Sharpeville Massaker“. Eine aus dem African National Congress (ANC) hervorgegangene Organisation der südafrikanischen Schwarzen (PAC, Panafrikanische Kongress) rief zum gewaltfreien Protest gegen die diskriminierenden Passgesetze des Apartheidsystems auf. Dabei sollte ziviler Ungehorsam im Stile Mahatma Gandhis geübt und ohne Pass demonstriert werden. Am 21. März 1960 zogen in Sharpeville zwischen 5.000 und 20.000 Schwarze ohne Pass auf ein Polizeirevier zu, um sich von den Behörden inhaftieren zu lassen. Die Demonstration endete im Massaker von Sharpeville, bei dem die Polizei 69 Schwarze zumeist von hinten erschoss und weitere 180 verletzte. Auslöser soll nach Angaben der Polizei das

Werfen von Steinen auf Polizeiautos gewesen sein, doch zahlreiche Fotos von der friedlichen Demonstration konnten dies nicht belegen.

Als Folge dieses Zusammenstoßes zwischen Polizei und Demonstranten wurden der ANC und der PAC 1960 verboten. Das Massaker führte zu landesweiten Streiks, Unruhen und massiven internationalen Protesten. Als ein Ausschluss aus dem Commonwealth of Nations drohte, erklärte Südafrika einseitig seinen Austritt und rief die Republic of South Africa aus.

Der 21. März wurde 1966 von den Vereinten Nationen zum Internationalen Tag gegen Rassismus erklärt. Seit 1979 finden zu dieser Zeit jährlich auch die Internationalen Wochen gegen Rassismus statt. Heute ist der 21. März als „Tag der Menschenrechte“ (Human Rights Day) nationaler Gedenktag in Südafrika.

### FIFA Fußballweltmeisterschaft

Nun, nach genau 50 Jahren, feiert man in Südafrika einen unglaublichen Höhepunkt in der Sportgeschichte des Landes, der noch vor etwas mehr als einem Jahrzehnt völlig undenkbar gewesen wäre: Das Land am Kap der Guten Hoffnung wird im Jahre 2010 die FIFA Fußball-Weltmeisterschaft ausrichten.

*Liebe Kolleginnen,  
liebe Kollegen,*

Ich habe mich über die neue Aufgabe der Migrationsarbeit gefreut, denn auch meine Familie kennt das Thema Auswanderung.

Gemeinsam mit den Arbeitskreisen in den Verwaltungsstellen möchte ich die Integration in die Betriebe unserer Branchen vorantreiben. Ich möchte wissen, was die Betriebe unternehmen, um die Ziele des Nationalen Integrationsplans zu erreichen. Welche Beschäftigungsmöglichkeiten werden Migrantinnen und Migranten auch in Zukunft haben?

Was wird unternommen, um sie in höher- und hochwertigen Aufgaben zu beschäftigen? Wie werden sie bei der betrieblichen Weiterbildung berücksichtigt? Wird die Krise genutzt, um Bereiche mit einem höheren Migrantenanteil gezielt abzubauen? Über unsere Ergebnisse werden wir euch informieren.

Wichtig finde ich es auch, unsere Kontakte zu den Vereinen und Verbänden wieder zu beleben. Hierzu finden demnächst die ersten Gespräche statt.



Ulrike Zenke  
IG Metall Baden-Württemberg

Fortsetzung Seite 2

Damit wird Südafrika das erste Land auf dem afrikanischen Kontinent, in dem das größte Fußballturnier der Welt stattfindet.

Man kann sich in der Tat kaum vorstellen, dass es erst 40 Jahre her ist, dass das Land wegen der rassistischen Politik seiner Regierung faktisch aus der FIFA ausgeschlossen wurde. Die FIFA war damit eine der ersten internationalen Sportorganisationen, die Maßnahmen gegen die Apartheid in Sport und Politik ergriff und auf der Abschaffung sämtlicher rassistischer Regelungen bestand.

Nach der friedvollen Fussballweltmeisterschaft 2006 in Deutschland, in der ein deutliches Zeichen gegen Rassismus gesetzt wurde frei nach dem Motto: „Say no to racism“ wünschen wir uns auch dieses Jahr eine Begegnung der Toleranz in Südafrika.

## Unsichtbar und ohne Anerkennung

# Migrantinnen

Frauen migrieren, um zu heiraten, um ihren bereits ausgewanderten Männern und Familien nachzuziehen oder um zu arbeiten. Sie arbeiten als Hausangestellte, Reinigungskräfte, Kranken- und Altenpflegerinnen und als Kinderbetreuerinnen. Sie sind Bäuerinnen, Kellnerinnen, Sweatshop-Arbeiterinnen, hoch qualifizierte Akademikerinnen, Lehrerinnen, Krankenschwestern, Hostessen, Tänzerinnen, Prostituierte, Flüchtlinge und Asylbewerberinnen. Sie sind jung, alt, verheiratet, ledig, geschieden und verwitwet.

Viele wandern mit ihren Kindern aus. Andere sind gezwungen, ihre Töchter und Söhne zurückzulassen. Obwohl ein großer Teil der internationalen Migrantinnen Frauen

und Jugendliche sind, wurden ihre Leistungen und Probleme bisher weitgehend übersehen.

**Ihre Stimmen müssen Gehör finden.** Fremdenhass, Gewalt, Ausbeutung und Menschenhandel müssen stärker bekämpft werden. Gleichfalls sollten politische Maßnahmen im Hinblick auf die Situation von Migrantinnen und ihre Beweggründe bei der Entscheidung zur Migration revidiert werden. Politischer Weitblick und gute Führung sind gefragt, um die öffentliche Debatte weg von der Angst vor Überfremdung hin zu der Tatsache zu lenken, dass wir alle Menschen sind. Eine Gemeinsamkeit, die uns in einer globalisierten Welt, in der die Grenzen immer mehr verschwinden, verbindet.

Quelle:

## Sichere Beschäftigung unterstützen



„Jeder, ohne Unterschied, hat das Recht auf gleichen Lohn für gleiche Arbeit.“  
Artikel 23, Absatz 2

[www.gleichearbeit-gleichesgeld.de](http://www.gleichearbeit-gleichesgeld.de)

Beschäftigte in Leiharbeit müssen **flexibel und mobil sein**. Diese unsicheren und strapaziösen Verhältnisse werden keinesfalls angemessen bewertet.

Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter sind Beschäftigte zweiter Klasse: Sie erhalten weniger Lohn, haben in der Regel weniger **Urlaubstage**, sind **häufiger als andere Beschäftigte befristet** angestellt und können sich kaum in ihrem Entleihbetrieb integrieren.

Diese instabilen Bedingungen deregulieren die gesamte Arbeitswelt. Gleiche Arbeit muss zu Gunsten aller gleich entlohnt werden.

[www.gleichearbeit-gleichesgeld.de](http://www.gleichearbeit-gleichesgeld.de)

Das dreigliedrige Schulsystem in Deutschland ist bankrott

## Ausweg Werkrealschule?

**Das dreigliedrige Schulsystem, mit dem Deutschland nahezu alleine dasteht, ist eine Drei-Klassen-Gesellschaft. Es unterstützt die soziale Selektion und hat nicht das Ziel, Kinder und Jugendliche aus sozial schwachen Familien zu fördern. Ferner zielt es darauf hinaus nur eine gewisse Elite zu bevorzugen.**

Dieses nicht zeitgemäße Schulsystem verstärkt die soziale Ungleichheit und gehört auf den Müllhaufen der Geschichte. Der Weg, den Deutschland bisher eingeschlagen hat, führt nicht zur Chancengleichheit und Gerechtigkeit, sondern tritt diese mit Füßen. Das deutsche Schulsystem bietet armen Kinder, Migrantenkindern und Behinderten nicht dieselben Chancen wie ihren Mitschülern. Aufgrund ihrer Herkunft und Situation werden sie nach der vierten Klasse überwiegend auf Hauptschulen geschickt.

Neben Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund werden im deutschen Bildungssystem insbesondere Kinder „ärmerer“ Bevölkerungsschichten diskriminiert. Bereits die PISA-Studien haben ergeben, dass die Wahrscheinlichkeit eines Gymnasialbesuchs für ein Akademikerkind in Deutschland knapp sieben Mal höher ist **wie jene eines Facharbeiterkindes** ist. Selbst bei gleicher Leistung erhält mehr als die Hälfte aller Schüler eine falsche Schulempfehlung.

Zwischen deutschen Schülern und jenen mit Migrationshintergrund, von denen viele aus sozial schwachen Familien stammen, gibt es in Deutschland gravierende Unterschiede. So erreichen 42 Prozent der Kinder mit Migrationshintergrund einen Hauptschulabschluss (deutsche Schüler: 25 Prozent) und nur neun Prozent das Abitur (deutsche Schüler: 25 Prozent) 20 Prozent bleiben ganz ohne Schulabschluss (deutsche

Schüler: neun Prozent).

Es gibt eine klare Verknüpfung zwischen sozialer Herkunft und Bildungserfolg. Die Aufteilung der Schüler auf verschiedene Schulformen in Deutschland ist einzigartig und kontraproduktiv. Gerade Jungen und Mädchen aus sozial schwachen Familien, unter ihnen viele Migranten, sind benachteiligt. Schon im Kindergarten und in der Grundschule erhalten diese Kinder zu wenig Förderung. Vier Jahre genügen in der Grundschule **keineswegs, um Bildungsdefizite** aus dem Elternhaus auszugleichen. Der Bildungserfolg ist durch das System und nicht durch das Potenzial des Kindes aufgezwungen. Bei den Bildungschancen für Zuwandererkinder geht es eher um ein soziales als um ein ethnisches Problem. Aufgrund der fehlenden Durchlässigkeit nach oben ist ein späterer Wechsel der Schulform oft nicht mehr möglich.

Nach Plänen des Kultusministeriums sollen Schüler, die nicht das Gymnasium oder die Realschule besuchen, bis zur neunten Klasse gemeinsam unterrichtet werden. **Aber jetzt sind es offiziell keine Hauptschulen mehr, sondern sie heißen zukünftig „Werkrealschulen“.** Die Landesregierung klammert sich inoffiziell an das Konzept der Hauptschule und tauscht kurzerhand das Türschild aus: **Ab dem Schuljahr 2010/2011**



sollen Hauptschulen „Werkrealschulen“ heißen.

Für die Schüler im Südwesten ändert sich nichts. In der vierten Klasse erhalten sie eine Empfehlung für eine der Schulformen, und diese ist bindend. Die Hauptschulempfehlung heißt dann neu: Werkrealschulempfehlung. Die Bildungsgewerkschaft GEW kritisiert die Namenskosmetik als „Stümperei und Armutszeugnis“. Der Kultusminister wolle mit aller Macht am überholten Schulsystem festhalten und den Hauptschulen „nur ein anderes Etikett verpassen“.

Der Begriff Werkrealschule ist nicht neu: Eine Reihe solcher Schulen gibt es in Baden-Württemberg bereits, ohne dass sich die Akzeptanz dieser Schulart bei den Eltern oder den Schülern verbessert hätte. Angeblich ist die Werkrealschule ein durchgängiger Bildungsgang, der zur Mittleren Reife führt. In Wirklichkeit gibt es zwischen den Klassen neun und zehn weiterhin eine Notenhürde, so dass sich die Chancen der Hauptschülerinnen und Hauptschüler nicht wesentlich verbessern.

Zwar wurde der verlangte Notenschnitt abgesenkt, dafür zählen aber nur noch die Hauptfächer **und das Profulfach**, so bestehen weniger Ausgleichsmöglichkeiten. Die meisten Schülerinnen und Schüler werden weiterhin nur den Hauptschulabschluss erreichen. Sie werden künftig erst recht als **diejenigen dastehen**, die „es nicht geschafft haben“.

Um Chancengleichheit wirklich zu fördern, muss das vorhandene Schulsystem abgeschafft werden: Der richtige Weg wäre eine Schule für alle. Jede/r sollte, unabhängig von sozialer Schicht und Einkommen, die Möglichkeit auf **kostenlose Bildung und Qualifizierung** haben. Nicht nur Banken sind systemrelevant, sondern auch das Bildungssystem.



## Es lebe der 1. Mai

In den 1860er Jahre galten in den meisten US-Betrieben Arbeitszeiten von elf bis 13 Stunden. 1884 nahmen die Gewerkschaft die Durchsetzung einer achtstündigen Arbeitszeit in Angriff. Sie beschlossen am 1. Mai 1886 dafür in einen mehrtägigen Generalstreik zu treten.

Der 1. Mai galt in den USA traditionell als „Moving day“, als Stichtag für den Abschluss oder die Aufhebung von Verträgen, häufig verbunden mit Arbeitsplatz- und Wohnungswechsel. Der Acht-Stunden-Tag sollte in die neuen Verträge aufgenommen werden. Dafür traten am 1. Mai 1886 rund 400.000 Beschäftigte aus 11.000 Betrieben der USA in den Streik. Die Kundgebung endete in einer gewalttätigen Polizeiaktion. Nach Darstellung der Polizei warfen Anarchisten eine Bombe auf die anwesenden Beamten. Sieben Polizisten fielen zu Opfer, 17 Menschen wurden getötet und über 100 verletzt. Dem vermeintlichen Arbeiterführer wurde ein schneller Prozess gemacht, der mit der Hinrichtung von vier Angeklagten endete.

Der blutige Vorfall unterbrach den Kampf für den Acht-Stunden-Tag nur vorübergehend. Im Dezember 1888 erklärten die in St. Louis versammelten Gewerkschaftsdelegierten erneut Streiks und Kundgebungen durchzuführen.

Millionen arbeitender Menschen in Europa und in den USA begingen gleichzeitig den „Weltfeiertag der Arbeit“ und folgten einem Beschluss des Internationalen Arbeiterkongresses von Paris 1889, der zu einer „großen internationalen Manifestation“ für den 1. Mai 1890 aufgerufen worden. Erstmals wird auch im Deutschen Reich die Arbeit niedergelegt und demonstriert.



1. Mai 2009: Mitglieder des Arbeitskreises Migration auf der Demo in Stuttgart

Der Rat der Volksbeauftragten, eine seit November 1918 amtierende kommissarische Revolutionsregierung aus SPD und Unabhängiger Sozialdemokratischer Partei (USPD), dekretierte als eine der ersten Amtshandlungen die Arbeitszeitverkürzung auf acht Stunden täglich. Den 1. Mai erklärte die Nationalversammlung im April 1919 zum gesetzlichen Feiertag.

Während der Nazi-Herrschaft organisieren die Nationalsozialisten Massenaufmärsche am arbeitsfreien 1. Mai, ihrem „Feiertag der Nationalen Arbeit“. Am 2. Mai 1933 werden die freien Gewerkschaften zerschlagen. Der 1. Mai wird „Nationaler Feiertag des deutschen Volkes“. 1946 erklärt der alliierte Kontrollrat den 1. Mai zum Feiertag. Die Tradition des 1. Mai als Kampf- und Feiertag der Arbeiterbewegung wird in Deutschland wieder aufgenommen. Drei Jahre später ist der 1. Mai gesetzlicher Feiertag.

Der 1. Mai ist heute genauso bedeutend und wichtig wie damals. Nur durch starke Gewerkschaften

und eine starke Sozialdemokratie kann der 1. Mai den herrschenden Bedingungen gerecht werden. Deshalb nutzen wir den 1. Mai, um uns gegen solche Missstände zu wehren und für eine Welt ohne Ausbeutung zu kämpfen.

Die rote Nelke ist ein Symbol der Arbeiterbewegung. Sie erhielt ihr politisches Image als Arbeiterblume auf dem Internationalen Sozialistenkongress 1889 in Paris. Damals war das Sozialistengesetz noch in Kraft. Das herrschende Versammlungsverbot umging man durch den „gemeinsamen Ausflug in benachbarte Gartenlokale“. Da keine Fahnen mitgeführt werden durften, galt die rote Nelke im Knopfloch als Zeichen der Gleichgesinnten.

Sie hat ursprünglich eine ganz andere politische Geschichte. Als Zeichen ihrer Unerschrockenheit trugen während der französischen Revolution verurteilte Aristokraten Nelken auf dem Weg zur Guillotine. Trotzdem – oder vielleicht gerade deshalb – blieb die rote Nelke das Symbol der Arbeiterklasse.